

Europäische Politik und lebendige Demokratie – geht das?

Im Mai 2014 finden die Europawahlen statt, in NRW zusammen mit der Kommunalwahl. Gerade in den letzten Jahren ist in der Öffentlichkeit intensiv über Europa und die Zukunft der Europäischen Union diskutiert worden. Viele Menschen fühlen sich von der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Mitgliedstaaten beunruhigt, die durch die Finanzkrise mit dem Zusammenbruch der Lehmann Brothers 2008 ausgelöst wurde. Eine öffentliche Debatte über Ursachen, Auswirkungen und auch Lösungsansätze für alle in der Europäischen Union wurde nicht zuletzt vermieden durch die angebliche „Alternativlosigkeit“ von Beschlüssen. Diese Nicht-Debatte hat manche verunsichert zurückgelassen und eben keine breite europäische Haltung herbeigeführt. Doch auch unabhängig hiervon wissen viele Bürger nicht, wie sie auf die europäische Politik aktiv einwirken können. Und das, obwohl viele europäische Gesetze ganz konkret in den Kommunen umgesetzt und zahlreiche Projekte mit europäischen Mitteln realisiert werden. Hier könnte schon der Kontakt mit der eigenen Stadt, dem Rat, dem Bürgermeister sowie anderen Akteuren hilfreich sein. Und dieser Hinweis gilt in beide Richtungen. Bis heute etwa loben sich viele lokale und regionale Akteure für Projekte. Dass diese häufig nur durch Nutzung europäischer Fonds möglich sind, wird hingegen gern „vergessen“.

Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Damit haben diese direkten Einfluss auf die Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, denn das Parlament ist inzwischen gleichberechtigter Mitgesetzgeber neben dem Europäischen Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind. Doch trotz der wachsenden Zuständigkeiten des Europäischen Parlamentes ist die Wahlbeteiligung über die Jahre beständig gesunken. In Deutschland lag sie bei den ersten Direktwahlen 1979 noch bei 65,7 Prozent. Bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren dagegen nur noch bei 43,3 Prozent. Eine Entwicklung, deren Ursachen hier nicht vollständig aufgeführt werden können.

Gerade für uns Deutsche hatte die europäische Einigung eine besondere Bedeutung. Der Wunsch nach Frieden einte die Völker Europas, war Grundlage für die

besondere deutsch-französische Freundschaft. Dass wir nur wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zu den sechs Gründerstaaten der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) gehörten und damit offiziell wieder in den Kreis der demokratischen Staaten aufgenommen wurden, hat uns ergänzend zu diesem Streben nach Frieden in besonderer Weise mit Europa verbunden. In den folgenden Jahren wurde „Europa“ größer, haben die Mitgliedstaaten mit den Europäischen Verträgen die Zuständigkeiten der EU und des Parlamentes immer weiter ausgebaut. Sie taten dies als souveräne Staaten aus der Erkenntnis heraus, dass wir nur gemeinsam politisch und wirtschaftlich unsere Position in einer globalisierten Welt festigen können. Doch gerade in einer Phase, da sich die anfängliche Begeisterung für "Europa" normalisierte hin zu einer Betrachtung als weitere politische Ebene, haben Regierungen national eine ganz andere Melodie gespielt. Gute Beschlüsse der EU wurden (und werden) als eigener Erfolg dargestellt, unbeliebte Entscheidungen als Beschluss aus Brüssel (an dem sie gleichwohl selbst beteiligt waren) diffamiert, vielleicht weil man angesichts rückläufiger Wahlbeteiligung auch auf anderen Ebenen national punkten wollte – anstatt sich konkret mit den Ursachen der Wahlenthaltung auseinanderzusetzen. Das ist eine Herangehensweise, die auch Medien mitunter kritiklos übernommen haben.

Können die relativ wenigen Europaabgeordneten (in Deutschland bisher 99, künftig nur noch 96) dem entgegenwirken? Ja! Im Schulterschluss mit den Bürger_innen! Wobei ich nicht überzeugt bin, dass allein neue Beteiligungsformen und Bürgerentscheide die Lösung sind. Wahl oder Bürgerbeteiligung: Wichtig ist, dass beide nicht in Konkurrenz zueinander stehen sondern sich ergänzen und die Ergebnisse die Interessen breiter Bevölkerungsschichten spiegeln. Ziel muss also hier wie dort die Teilnahme und Einbindung möglichst vieler Menschen sein. Das bleibt eine zentrale Herausforderung für Politik, Zivilgesellschaft und engagierte Bürger.

Lebendige Demokratie ist immer auch partizipative Demokratie. Politik muss informieren, zum Gespräch und zur Meinungsbildung ermutigen und einladen, offen sein für Anregungen und Kritik. Dies bedeutet aber auch, dass Bürger_innen Politik, gesellschaftliche Veränderungen und Veränderungen in ihrem Umfeld beständig kritisch begleiten, Entwicklungen und Entscheidungen hinterfragen, Informationen annehmen und auch einfordern. Viele Menschen tun dies. Das zeigen die

zahlreichen Hinweise und Fragen, die mich und meine Büros sowohl im "Wahlkreis" als auch in Brüssel erreichen. Umgekehrt gebe auch ich immer wieder in unterschiedlicher Form und über verschiedene alte und sog. neue Medien Informationen an alle interessierten Bürger_innen meines "Wahlkreises" weiter.

Das direkte Gespräch mit Menschen vor Ort ist für Europaabgeordnete schwierig. Wir sind nur wenige, haben dadurch sehr große "Wahlkreise" und pro Monat vier Sitzungswochen (in der Regel von Montag bis Donnerstag). Vieles findet daher Freitag und am Wochenende statt. Unabhängig hiervon sind diese Gespräche für mich extrem wichtig. Sie zeigen, was vom eigenen politischen Handeln vor Ort ankommt und geben Aufschluss über Meinungen, Stimmungen und auch wichtige Handlungsfelder aus Sicht der Bürger_innen. Daher sind eigene Veranstaltungen und die zahlreichen Besuche und Gespräche vor Ort mit unterschiedlichen Menschen unersetzlich. Von unschätzbarem Wert sind auch die vielen Besuchergruppen in Brüssel und Straßburg, bei denen die Teilnehmer_innen neben thematischen Informationen auch einen direkten Einblick in den Alltag der Abgeordneten erhalten. Zwischen Besuchergruppen und Fachleuten, zwischen Kommission und Rat, zwischen Ausschuss und Fraktion, zwischen eigener Überzeugung und politischer Notwendigkeit gilt es eine klare Linie zu behalten, eigene Positionen immer wieder zu hinterfragen – dann aber auch mit Nachdruck zu vertreten. Trotz notwendigem Teilnahmebeitrag konnte ich bisher mehr als 50 Gruppen begrüßen, die als Multiplikatoren Vieles mitnehmen. Darüber hinaus sind Plenarsitzungen und die Ausschüsse öffentlich. Sie werden live im Internet übertragen, können auch später noch abgerufen werden und dies selbstverständlich einschließlich der Übersetzung z. B. auch in die deutsche Sprache. Die Bürger_innen können sich also auf vielfältige Weise ein eigenes "Bild" machen. Damit ist das Europäische Parlament im Hinblick auf Transparenz durchaus Vorbild auch für andere Parlamente. Die europäische Bürgerinitiative begrüße ich als zusätzliches Instrument der Beteiligung; sie ersetzt allerdings nicht die kontinuierliche Begleitung politischer Entscheidungen.

Ein Großteil der Gesetze, die von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden, beruht auf europäischen Richtlinien. Doch trotz gestärkter Rolle des EP bleiben manche auch symbolisch wichtige Entscheidungen wie etwa die zur Finanztransaktionssteuer allein in der Hand des Rates, der hinter verschlossenen

Türen tagt und sich daher anders als das Parlament einer öffentlichen Begleitung und Kritik entzieht. Auch dies begründet meine Forderung nach "mehr" Europa, mehr Kompetenz für das EP. Denn was hinter geschlossenen Türen stattfindet, kann nicht bewertet werden, es können keine eigenen Positionen eingebracht und damit Entscheidungsfindung auch nicht beeinflusst werden.

Ganz klar: die Wahlen am 25. Mai 2014 sind für die Zukunft der Menschen in Europa entscheidend. Das Parlament ist die einzige direkt gewählte Institution der Europäischen Union. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt seine institutionelle Rolle und erhöht zugleich seine Verpflichtung als direkter Vertreter der Bürger_innen. Transparenz, die vielfältigen Kontaktmöglichkeiten zu den Abgeordneten sowie der eigene Anspruch des Parlaments sichern demokratische Spielregeln und einen lebendigen Austausch.

Zudem können die Parlamentswahlen zum ersten Mal den künftigen Kommissionspräsidenten bestimmen. Im EU-Vertrag Artikel 17 (7) heißt es: bei seinem Vorschlag für die Wahl des Kommissionspräsidenten "berücksichtigt [der Europäische Rat] das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament". Die großen Europäischen Parteien haben sich bereits darauf geeinigt, den ersten Platz der Wahllisten jeweils für den europäischen Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft zu reservieren. Durch diese Neuerung hätten die Bürger bei den Wahlen zum ersten Mal einen direkten Einfluss darauf, wer Kopf der europäischen Exekutive wird! Eine Mehrheit der Europäer begrüßt diese zusätzliche Einflussmöglichkeit. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, das Votum der Wähler_innen tatsächlich zu beachten!

Birgit Sippel ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes aus NRW. Als Innenexpertin der SPD-Europaabgeordneten und stellvertretendes Mitglied im Beschäftigungsausschuss setzt sie sich aktiv für die Interessen der Bürger in Europa ein. Dabei engagiert sie sich besonders für Grund- und Bürgerrechte, Datenschutz und eine faire Arbeits- und Sozialpolitik.

Kontakt: europa@birgit-sippel.de;